

Nr. 5.4.4.03

Einmütigkeit der deutschen Industrie zu den Pariser Verhandlungen

Stellungnahme

Bearbeitet von: Roman Köster

Fundort: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, PAAA R 35205

Formalia:

Regest:

Die Stellung der Interessensverbände der deutschen Wirtschaft zu den Dawes- und Young-Verhandlungen war zwiespältig. Auf der einen Seite wurde die außenpolitische Normalisierung begrüßt, die als eine Voraussetzung für die Liberalisierung des Handelsverkehrs und einen stabilen europäischen Wirtschaftsraum betrachtet wurde. Auf der anderen Seite wurden die deutschen Reparationsverpflichtungen als zu hoch eingeschätzt und die Art ihrer Aufbringung kritisiert. Die hier präsentierte Stellungnahme des Reichsverbands der Deutschen Industrie spiegelt das wider: Auf der einen Seite wird den Verhandlungsführern gedankt und eine Fundamentalkritik findet nicht statt. Auf der anderen Seite werden die Bedenken hinsichtlich der deutschen Zahlungsfähigkeit deutlich geäußert. Diese hatten beispielsweise dazu geführt, dass das Delegationsmitglied Albert Vögler, Geschäftsführer des größten deutschen schwerindustriellen Konzerns Vereinigte Stahlwerke, im Mai 1929 die Zustimmung zum Young-Plan verweigert hatte und aus der Delegation zurücktrat. Auch Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht sparte keineswegs mit Kritik an den Regelungen des Young-Plans, was zu seiner Demissionierung im Frühjahr 1930 beitrug.

Einmütigkeit der deutschen Industrie zu den Pariser Verhandlungen:

Präsidium und Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie sind in ihren von Herrn Geheimrat Dr. Duisberg geleiteten Sitzungen am 19. und 20. Juni nach eingehender Aussprache über das Ergebnis der Pariser Reparationsverhandlungen einstimmig zu folgender Stellungnahme gelangt:

Der Reichsverband der Deutschen Industrie spricht den Mitgliedern der Delegation für ihre im Interesse des deutschen Volkes geleistete Arbeit seinen Dank und seine Anerkennung aus. Er ist überzeugt, dass jeder der Sachverständigen nach bestem Wissen und Gewissen bestrebt gewesen ist, das nach Lage der Verhältnisse günstigste Ergebnis für die Zukunft des deutschen Volkes zu erreichen und er versteht durchaus, dass Herr Dr. Vögler aus der wirtschaftlichen Beurteilung der Lage sich zur Erklärung seines Rücktritts veranlasst gesehen hat.

Bezüglich der wirtschaftlichen Bedeutung des Young-Planes steht der Reichsverband auf demselben Boden wie bei seiner Stellungnahme zu den Leistungen auf Grund des Dawes-Planes. Damals, im Jahre 1924, hat der Reichsverband erklärt, dass die auferlegten Lasten die Leistungsfähigkeit Deutschlands erheblich übersteigen. Die Art und Weise der bisherigen Aufbringung der Dawes-Zahlungen gibt keinen Anlass, diese Ansicht zu ändern. In Uebereinstimmung mit den deutschen Sachverständigen u ist der Reichsverband der Ansicht, dass auch der Young-Plan dem deutschen Volke für eine lange Reihe von Jahren Lasten aufbürdet,[2]die über die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hinausgehen.

Wie in aus dem Pariser Abkommen Gutachten besonders hervorgeht ~~gehoben~~ ist, hat das Sachverständigen-Komitee sich wesentlich von politischen Gesichtspunkten leiten lassen. Aus diesem Grunde behält sich der Reichsverband seine endgültige Stellungnahme bis zur Entscheidung der berufenen politischen Instanzen über Annahme oder Ablehnung des Planes vor.